



Der Mitinitiant der kantonalen Volksinitiative «Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)», Stefan Lacher (l.) meint, mehr Transparenz würde wieder mehr Vertrauen der Bürger in die Politik bringen. Der jungfreisinnige Kantonsrat Marcel Montanari sagt, die Initiative gehe viel zu weit und schwäche die Parteien und damit die Demokratie.

BILD EVELYN KUTSCHERA

Im Gespräch mit: Stefan Lacher und Marcel Montanari

Die kantonale Transparenzinitiative will eine umfassende Offenlegungspflicht bei den Parteifinzen. Darüber debattieren die beiden Kantonsräte Stefan Lacher (Juso, Stadt Schaffhausen) und Marcel Montanari (Jungfreisinn, Thayngen).

«Nichts zu verstecken, viel zu verlieren»

Mark Liebenberg

Die kantonale Transparenzinitiative gelangt am 9. Februar zur Abstimmung. Im SN-Streitgespräch vertritt Juso-Kantonsrat und Mitinitiant Stefan Lacher die Pro-Argumente und der jungfreisinnige Kantonsrat Marcel Montanari die Gegenseite.

Herr Lacher, lassen sich Wahlen und Abstimmungen im Kanton Schaffhausen kaufen?

Stefan Lacher: Mich irritiert schon, wie gross der Plakat- und Inseratewald bei Abstimmungen und Wahlen jeweils ist. Die Politik selber findet offensichtlich, dass man damit Stimmen generieren und Abstimmungsergebnisse beeinflussen kann. Vor allem bei komplizierten oder knappen Vorlagen können Geldmittel einen Einfluss haben. Aber woher kommt es? Auch in der Politik gilt: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.»

Die Parteifinzen und die Namen von Spendern müssten dann publiziert werden. Wem nützt ein solches Register?

Lacher: Die Stimmberechtigten als höchste Instanz müssen sich vollumfänglich ein Bild machen und bei Urnengängen beurteilen können, welche monetären Interessen allenfalls im Spiel sind. So kommen auch fundiertere Entscheide zustande, davon bin ich überzeugt.

Herr Montanari, wie die Mehrheit der Kantonsparlamentarier lehnen Sie eine solche Offenlegungspflicht ab. Was haben Sie zu verstecken?

Marcel Montanari: Wir haben nichts zu verstecken, aber viel zu verlieren. Es ist ein grunddemokratisches Prinzip, dass jeder eine Sache oder Partei unterstützen

kann, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Ich bin – wie Du hoffentlich auch, Stefan – dafür, dass die Stimmabgabe nicht öffentlich ist. Das Gleiche muss für Spenden gelten.

Aber finden Sie es okay, wenn Interessengruppen mit Geld Einfluss zu nehmen versuchen, ohne dass sie sich zu erkennen geben müssen?

Marcel Montanari: Grundsätzlich finde ich, sollen alle bei der öffentlichen Meinungsbildung mitwirken dürfen. Geld spielt sicher eine gewisse Rolle, egal, auf welcher politischen Seite. Man will auf seine Anliegen aufmerksam machen, und das kostet etwas. Wenn Umweltverbände eine linke Initiative finanziell unterstützen, sollen sie das doch tun dürfen. Ich fände es aber insbesondere falsch, wenn Privatpersonen, die eine Partei oder ein Anliegen unterstützen, das veröffentlichen müssen und deswegen gebrandmarkt werden können.

Lacher: Das wollen wir ja auch nicht, deshalb haben wir bei Privatpersonen eine Mindestgrenze von 3000 Franken eingeführt. Alles darüber finden wir aber schon einen namhaften Betrag, man muss doch hinstehen können und dazu stehen, wenn man schon so viel Geld in die Hand nimmt. Es geht hier um Politik, da besteht ein öffentliches Interesse.

Montanari: Aber die meisten Leute spenden doch nicht, um Einfluss nehmen zu wollen, sondern aus Idealismus, weil sie eine Partei oder einen Kandidaten gut finden. Wenn man Angst vor der Einflussnahme privater Geldgeber hat, könnte man auch fordern, dass Hilfswerke, NGOs und andere gemeinnützige Institutionen offenlegen müssen, von welchen Personen sie Geld erhalten. Was wollt ihr denn mit dieser Information überhaupt machen?

Transparenzinitiative

Die Transparenzinitiative der Schaffhauser Jungsozialisten fordert, dass Parteien, Wahl- und Abstimmungskomitees öffentlich machen müssen, von wem sie wie viel Geld erhalten. Spenden von Privatpersonen sind ab 3000 Franken zu deklarieren. Wer in einer Gemeinde oder auch auf kantonaler Ebene für ein öffentliches Amt kandidiert, soll all seine Interessenbindungen offenlegen müssen. Der Kanton muss dies prüfen und Verstösse ahnden.

Lacher: Du redest das Problem klein. Es gibt in der Politik in den Augen von vielen Leuten das Problem des Filzes, viele Leute haben ein schlechtes Bild von der Politik, sie sagen, die Politiker machen sowieso, was sie wollen, und man weiss nicht, woher welches Geld in die Politik fliesst. Mehr Transparenz würde wieder mehr Vertrauen in die Politik schaffen.

Montanari: Kann man euch Jusos mit Geld beeinflussen? Das würde mich erstaunen, bei uns Jungfreisinnigen ist das nämlich nicht so. Aber wir nehmen selbstverständlich Spenden entgegen, wenn wir damit für unsere Anliegen ein paar Inserate kaufen oder für unsere Kandidaten Werbung schalten können.

Herr Lacher, wo konkret erheben Sie den Filzvorwurf, wo sehen Sie dieses Misstrauen in der kantonalen Politik?

Lacher: Nicht ich erhebe den Vorwurf, aber es gibt Leute, die das so sehen. Zum Beispiel bei der letzten Volksabstimmung zum Naturpark. Gegner wie Befürworter haben viel Geld in die Hand genommen, um mit Flyern, Plakaten und Inseraten für ihre Sache zu werben. Woher kam das Geld? Das ist völlig im Dunkeln und fördert das Vertrauen in die lokale Politik nicht.

Montanari: Wo soll da das Problem sein? Beide Seiten haben Geld in den Abstimmungskampf investiert, weil es ihnen wichtig war, das belebt die Demokratie! Wenn aber Private sich öffentlich exponieren müssen, sehe ich die Gefahr, dass die Leute dann einfach nichts mehr spenden. Und das gilt erst recht für Firmen, Verbände, Vereine und so weiter, die bereits ab einem Franken alles offenlegen müssten, falls die Initiative angenommen würde.

Die Transparenzinitiative fordert, dass Kandidaten für alle öffentlichen Ämter, sei es im Kanton oder in den Gemeinden, ihre Interessenbindungen offenlegen müssen vor der Wahl. Das würde faktisch zu einem Anmeldeverfahren führen, um innert Frist diese Informationen zu veröffentlichen. Würde das nicht wilde Kandidaten, also Spontankandidaturen, gänzlich verunmöglichen?

Lacher: Ich sehe nicht, wieso dies jemanden an einer Kandidatur hindern sollte, wie das die Gegner behaupten. Es ist nicht zu viel verlangt, wenn Kandidierende einen Monat im Voraus Farbe bekennen, man lässt sich ja für vier Jahre verpflichten.

Montanari: In der Praxis ist es aber oft anders. Wenn an einer Gemeindeversammlung, sagen wir an einem Freitag, ein Gemeinderatssitz neu besetzt werden muss, könnten sich Interessierte dann nicht mehr am Mittwoch entscheiden, zu kandidieren. Weil es dann zeitlich nicht mehr reichen würde, die Interessenbindungen öffentlich zu machen...

Lacher: Nein, das müsste man dann eben vorher machen. Ich glaube aber nicht, dass das zu einem Zusammenbruch der Politik auf der kommunalen Ebene führt ...

Montanari: Doch, natürlich hätten dann viele Gemeinden ein Problem. Manchmal finden sich ja Kandidaten sogar erst an der Gemeindeversammlung selber.

Lacher: Es ist immer so, wenn es einen Paradigmenwechsel gibt, dann braucht es eine gewisse Gewöhnungszeit. Mit der Zeit würde sich das mit den Fristen sicher einpendeln.

Die Gegner kritisieren die «Bürokratie», die entstehe. Wieso eigentlich? Die Par-

Fortsetzung auf Seite 21

Fortsetzung von Seite 19

«Nichts zu verstecken, viel zu verlieren»

teien führen ja schon heute Buch über ihre Finanzen, oder?

Montanari: Die Parteien und Komitees müssten neu vor allen kantonalen und kommunalen Urnengängen ihre Globalbudgets mit allen Positionen bekannt geben. Also zum Beispiel auch bei einer Ersatzwahl in eine Schulbehörde, und selbst wenn es nicht mal Gegenkandidaten gibt. Das ist doch unnötige Bürokratie, und es schadet den Parteien, und zwar allen. Es ist so schon oft unattraktiv, ehrenamtlich Parteiarbeit zu leisten. Mit noch mehr Papierkram wird es noch unattraktiver und schwächt letztlich die Bereitschaft der Leute, sich politisch zu engagieren. Kommt dazu, dass die Parteien laut Initiative dann noch zur Rechenschaft gezogen werden müssten, wenn es Abweichungen gibt...

Lacher: Jetzt malst Du aber den Teufel an die Wand! In jeder Pfadi muss man ein Budget machen. In einer Partei so-

wieso, man muss ja eine Vorstellung davon haben, in welchem Umfang man eine Kampagne finanzieren will ...

Montanari: Also, wir haben das am Anfang meist nicht. Vielleicht ist das bei der SP anders, wo alles die Partei aus ihren Mitgliederbeiträgen bezahlt. Bei uns entwickelt sich dies je nach Umfang der Spenden, die im Verlauf des Abstimmungskampfs reinkommen, danach richtet sich, wie viele Inserate wir schalten können.

Herr Lacher, es bräuchte ja dann eine kantonale Stelle, die das alles kontrolliert und dann veröffentlicht. Das tönt schon nach einigem Aufwand...

Lacher: In jenen drei Kantonen, die bereits Transparenzregeln kennen, wurde das schlank umgesetzt. Bei jedem Paradigmenwechsel gibt es einen gewissen Mehraufwand, das ist so. Es wird mit einem öffentlich einsehbaren Register aber auch ein Mehrwert für den Bürger generiert.

Montanari: Ich frage mich schon, ob wir das Staatspersonal nicht gescheiter an einem Ort einsetzen sollten, wo es dem

Bürger wirklich etwas bringt, statt unnötig irgendwelche Abstimmungsbudgets von Parteien zu kontrollieren.

Sie haben Transparenzinitiativen in anderen Kantonen angesprochen. Die gehen meist weniger weit, kennen höhere Freibeträge bei Spenden oder Mindestgrenzen bei juristischen Personen. Ihre Version wollte ursprünglich sogar alle Kandidaten einer Partei von der Wahl ausschliessen, wenn diese Partei gegen die Offenlegungspflichten verstösst. Das musste dann gestrichen werden. Wieso haben sie die strikteste mögliche Gangart gewählt?

Lacher: Wir haben uns gesagt, wenn man es macht, dann richtig. Wir sind ein kleinerer Kanton, deshalb haben wir auch die Grenzbeträge tiefer angesetzt.

Montanari: Ganz offensichtlich ist eure Initiative ganz weit am linken Rand positioniert – selbst innerhalb der Juso! Es kommt ja noch schlimmer: Wenn eine Partei unabsichtlich etwas nicht deklariert, wenn etwas untergeht, sagen wir ein Ausgabenposten für Plakate, und es fällt in der Kontrolle auf, dann müsste der Kanton bei Annahme der Ini-

tiative gegen die Partei eine Busse ausprechen, bis zu 10'000 Franken sind vorgesehen.

Lacher: Nun ja, die Höhe der Busse ist ja noch nicht festgelegt. Das muss der Kantonsrat bei Annahme der Initiative erst noch in einem Gesetz festlegen.

Kritisiert wird, dass die Transparenzregeln schwer zu kontrollieren sind und einfach umgangen werden können. Was sagen Sie dazu?

Lacher: Bei vielen Gesetzen gibt es eine Möglichkeit, sie zu umgehen. Das heisst aber nicht, dass es sie nicht braucht. Ich wage zu behaupten, dass man erwarten kann, dass die Leute ehrlich sind und sich an geltende Gesetze halten. Sehen Sie, in der Schweiz spricht man lieber nicht übers Geld. Das kann zu Missständen führen. Zum Beispiel bei den Managerlöhnen: Es brauchte die Abzockerinitiative, damit man in den Griff bekam, was im Volk für Unmut gesorgt hat. Deshalb braucht es jetzt auch in der Politikfinanzierung mehr Transparenz.

Montanari: Es ist aber nicht so, dass alle, die jetzt dafür sein müssen, sich freuen

könnten. Auch die SP legt ja ihre Parteifinanzen bekanntlich nicht offen.

Lacher: Das stimmt, da nehme ich meine Mutterpartei auch gar nicht in Schutz.

Montanari: Ich bin der Ansicht, in der freien Schweiz soll jeder mit seinem Geld machen dürfen, was er will – ohne sich rechtfertigen zu müssen. Es geht einfach niemanden etwas an, wie viel Geld ich in der Kirche in den Opferstock stecke, wie viel ich an welche Hilfswerke oder NGOs spende, oder wie viel ich der Juso oder dem Jungfreisinn gebe.

Lacher: Es geht aber nicht nur um puren Idealismus, sondern um den Versuch der Einflussnahme. Das sollen die Parteien jetzt offenlegen müssen und so Vertrauen schaffen.

Montanari: Am Schluss wird es einfach weniger Spenden geben, das kann ich jetzt schon sagen, und das kann nicht das Ziel sein. Eine Schwächung der Parteien schadet der Demokratie.

Meine Herren, danke für das Gespräch.